

Bericht der Wintersession 2019

Sehr geehrte Damen und Herren

Im nächsten Jahr wird die Schweizer Stimmbevölkerung darüber entscheiden, ob sie das Abkommen über die Personenfreizügigkeit mit der Europäischen Union kündigen will. Ebenso wie der Bundesrat und der Nationalrat empfiehlt auch der Ständerat die Volksinitiative «Für eine massvolle Zuwanderung» (Begrenzungsinitiative) zur Ablehnung. Mit dem klaren Votum der Vertreterinnen und Vertreter der Stände in der Wintersession ist die parlamentarische Beratung des Volksbegehrens abgeschlossen. Der für die Schweiz wegweisende Urnengang wird aller Voraussicht nach am 17. Mai 2020 stattfinden.

Ich wünsche Ihnen einen guten Ausklang des Jahres 2019 und frohe Festtage.

Petra Studer, petra.studer@netzwerk-future.ch

ENTSCHEIDE DES PARLAMENTS

Parlament korrigiert den Voranschlag 2020 im BFI-Bereich um 101,1 Millionen Franken

Die eidgenössischen Räte befassten sich in der Wintersession 2019 mit den Bundesfinanzen für das kommende Jahr. Das neu zusammengesetzte Parlament verabschiedete den Voranschlag 2020 mit einem Überschuss von 344 Millionen Franken. Im Vergleich zum Budgetentwurf des Bundesrates sprachen sich National- und Ständerat für grössere Investitionen im Bereich der Bildung, Forschung und Innovation (BFI) aus. Die beiden Parlamentskammern einigten sich darauf, die finanziellen Mittel für den BFI-Bereich insgesamt um 101,1 Millionen Franken zu

erhöhen. Mit dieser Entscheidung erwirkte das Parlament einen Kompromiss zwischen der finanziellen Planung in der BFI-Botschaft 2017-2020 und der Planung des Bundesrates im Rahmen des Voranschlags 2020.

Minderheitskonzept setzte sich durch

Der Ständerat beugte sich als Erster über das Budget 2020: Er stimmte den Mehrheitsanträgen seiner Finanzkommission (FK-S) für eine Korrektur im BFI-Bereich um insgesamt 99,1 Millionen Franken zu. Diese zusätzlichen finanziellen Mittel sollten auf verschiedene Kredite im BFI-Bereich verteilt werden, wobei eine Priorität bei den Hochschulen lag. Anschliessend befasste sich der Nationalrat mit dem Voranschlag 2020. Der grossen Kammer lagen zwei verschiedene Minderheitskonzepte seiner FK vor: Eine Minderheit I beantragte die gleichen Aufstockungen, wie sie der Ständerat befürwortet hatte. Eine Minderheit II schlug ein Konzept vor, das die effektiv angefallene Teuerung im BFI-Bereich berücksichtigt und alle Kredite im BFI-Bereich linear korrigiert, in einem Gesamtumfang von 101,1 Millionen Franken. Der Nationalrat sprach sich schliesslich mit 139 zu 52 Stimmen bei 2 Enthaltungen für das Konzept der Minderheit II aus. In der zweiten Sessionswoche lenkte der Ständerat in der Folge auf den Entscheid des Nationalrats ein.

Die zusätzlichen 101,1 Millionen Franken für das Jahr 2020 verteilen sich wie folgt auf die einzelnen BFI-Kredite: Der Finanzierungsbeitrag im ETH-Bereich erhöht sich um knapp 30 Millionen Franken. Die Grundbeiträge an die kantonalen Universitäten fallen um knapp 15 Millionen Franken höher aus, diejenigen an die Fachhochschulen um 11,4 Millionen. Der Kredit für die Organisationen der Forschungsförderung (Grundbeiträge Schweizerischer Nationalfonds und Akademien der Wissenschaften Schweiz) wurde um 21,8 Millionen Franken aufgestockt. Die Akteure der Berufsbildung erhalten 19 Millionen Franken mehr (Pauschalbeiträge sowie Innovations- und Projektbeiträge). Im Weiteren stockten National- und Ständerat auch die finanziellen Mittel für Ausbildungsbeiträge (0,7 Millionen Franken), Weiterbildung (0,2 Millionen Franken) und Forschungseinrichtungen von nationaler Bedeutung (3 Millionen Franken) auf.

Mit dem Voranschlag 2020 sprach das Parlament die letzte Tranche der Investitionen für die Finanzierungsperiode 2017-2020. Im Jahr 2020 werden Bundesrat und Parlament mit der Behandlung der BFI-Botschaft 2021-2024 bereits wieder die Weichen für die kommende Vierjahresperiode stellen.

➤ **Protokoll des Ständerats vom 3. Dezember 2019**

➤ **Protokoll des Nationalrats vom 4. Dezember 2019**

➤ **Protokoll des Nationalrats vom 5. Dezember 2019**

➤ **Protokoll des Ständerats vom 10. Dezember 2019**

➤ **Protokoll des Nationalrats vom 12. Dezember 2019**

Pilotversuche mit Cannabis: Nationalrat will auf Revision des Betäubungsmittelgesetzes eintreten

Der Nationalrat wünscht eine gesetzliche Grundlage für wissenschaftliche Studien zum Konsum von Cannabis. Mit 100 zu 85 Stimmen bei 2 Enthaltungen beschloss die grosse Kammer, grundsätzlich auf eine entsprechende Änderung des Betäubungsmittelgesetzes (BetmG) (19.021) einzutreten. Zuvor hatte die Mehrheit der zuständigen Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (SGK-N) die Einführung eines Experimentierartikels im BetmG knapp abgelehnt. Mit dem Entscheid des Plenums geht die Gesetzesänderung wieder zurück an die zuständige Kommission. Die Gesetzesvorlage des Bundesrates sieht vor, Pilotversuche mit Cannabis für eine befristete Periode von zehn Jahren zuzulassen, um verschiedene Regulierungsansätze prüfen zu können.


Faktenbasiert entscheiden


Heute ist in der Schweiz die kontrollierte Abgabe von Betäubungsmitteln für wissenschaftliche Studien gesetzlich verboten. Eine geplante Studie der Universität Bern wurde vom Bundesamt für Gesundheit nicht bewilligt. Ein Experimentierartikel im BetmG könnte ermöglichen, dass Cannabis-Produkte im Rahmen von wissenschaftlichen Pilotversuchen an Studienteilnehmende abgegeben werden. Dies

allerdings nur unter Einhaltung strenger Rahmenbedingungen. Die Ergebnisse solcher wissenschaftlichen Studien könnten der Politik als Entscheidungsgrundlage dienen, wie der Konsum von Cannabis in Zukunft geregelt werden soll.

Protokoll des Nationalrats vom 10. Dezember 2019

AUSSERDEM HABEN DIE PARLAMENTARIERINNEN UND PARLAMENTARIER ...

 ... im Nationalrat abgelehnt, die Kohäsionsmilliarde an die Europäische Union (**18.067**) mit den EU-Bildungs- und Forschungsprogrammen zu verknüpfen. Mit 110 zu 86 Stimmen lenkte die grosse Kammer auf den Entscheid des Ständerates ein. In der Frühjahrssession 2019 sprach sich eine Mehrheit des Nationalrats noch dafür aus, die Ausbezahlung des Schweizer Beitrags an die EU von Verhandlungen für eine Schweizer Beteiligung am Bildungsprogramm Erasmus ab 2021 abhängig zu machen. Im Dezember 2019 erachtete es die Mehrheit nicht mehr für ratsam, die Kohäsionsmilliarde mit anderen Dossiers zu verknüpfen. Dies mit der Begründung, dass der Wille des Parlaments zur Assoziierung der Schweiz an die EU-Bildungs- und Forschungsprogramme bereits an den Bundesrat übermittelt worden sei.

 ... im Nationalrat einen indirekten Gegenvorschlag zur Initiative «Für eine starke Pflege» (**18.079**) mit 124 zu 68 Stimmen angenommen. Dieser sieht vor, die Kompetenzen von Pflegefachpersonen zu erweitern und eine Ausbildungsoffensive im Bereich der Pflege zu lancieren. Mit einem Bundesbeitrag von 469 Millionen Franken sollen entsprechende Ausbildungen an Fachhochschulen und Höheren Fachschulen unterstützt werden. Mit einer Mehrheit von 107 zu 82 Stimmen empfiehlt der Nationalrat, die Initiative des Berufsverbandes der Pflegefachfrauen und Pflegefachmänner abzulehnen. Er will es vermeiden, einer Berufsgruppe mit der Verankerung in der Bundesverfassung eine Sonderbehandlung zu gewähren. Als Nächstes geht das Geschäft in den Ständerat.

- ... im Ständerat mit 38 zu 4 Stimmen bei 3 Enthaltungen die Ablehnung der Volksinitiative «Für eine massvolle Zuwanderung» (Begrenzungsinitiative) (**19.026**) beschlossen. Somit empfehlen Bundesrat, National- und Ständerat dem Volk und den Ständen, diese Initiative abzulehnen. Die Begrenzungsinitiative hätte die Kündigung des Abkommens über die Personenfreizügigkeit zur Konsequenz und gefährdet damit die bilateralen Beziehungen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union. Die Stimmbevölkerung wird voraussichtlich am 17. Mai 2020 über die Initiative entscheiden.
- ... im Ständerat eine Motion (**19.3413**) der Finanzkommission des Nationalrats (FK-N) abgelehnt, welche eine zusätzliche Wirkungsmessung im Bereich Bildung, Forschung und Innovation (BFI) verlangt. Ziel des Vorstosses war es, dass der Bundesrat im Rahmen der BFI-Botschaft 2021-2024 ein Modell für eine jährliche Berichterstattung über die Wirkung der eingesetzten finanziellen Mittel einführt. Der Nationalrat hatte der Kommissionsmotion in der Herbstsession knapp zugestimmt. Mit dem Entscheid der kleinen Kammer ist der Vorstoss erledigt.
- im Ständerat einem Postulat (**19.3593**) von Ständerat Hannes Germann zugestimmt, das den Bundesrat beauftragt, die Digitalisierung naturwissenschaftlicher Sammlungen zu prüfen. Der Entscheid fiel mit 32 zu 0 Stimmen. Durch die Digitalisierung von Sammlungen von Universitäten und Museen sollen rund 61 Millionen Objekte wie Tiere, Pflanzen und Bodenproben für die Forschung gesichert werden. Der Vorstoss sieht einen Betrag von 14 Millionen Franken vor, der für diesen Zweck im Rahmen der BFI-Botschaft 2021-2024 gesprochen werden soll.

VOM BUNDESRAT BEANTWORTET

➤ Stärkung der Synergien zwischen den ETH und Agroscope

Motion (19.3987) von Nationalrat Jacques Bourgeois (FDP).

Eingereicht am 10. September 2019.

Der Bundesrat hat am 6. November 2019 die Ablehnung der Motion beantragt.

➤ Vorwärtsstrategie. Forschungsabkommen mit dem Vereinigten Königreich

Interpellation (19.4003) der FDP-Fraktion.

Eingereicht am 11. September 2019.

Der Bundesrat hat am 27. November 2019 darauf geantwortet.

➤ Tierversuche. Für eine bessere Koordination auf nationaler Ebene und eine effizientere Verwendung der öffentlichen Gelder

Interpellation (19.4017) von Nationalrätin Isabelle Chevalley (GLP).

Eingereicht am 12. September 2019.

Der Bundesrat hat am 20. November 2019 darauf geantwortet.

➤ Förderung der Forschung zu Mobilfunk und Strahlung

Motion (19.4073) von Nationalrätin Edith Graf-Litscher (SP).

Eingereicht am 19. September 2019.

Der Bundesrat hat am 27. November 2019 die Annahme der Motion beantragt.

➤ Lebenslanges Lernen mit einem Weiterbildungsfonds fördern

Motion (19.4088) von Nationalrätin Martina Munz (SP).

Eingereicht am 19. September 2019.

Der Bundesrat hat am 13. November 2019 die Ablehnung der Motion beantragt.

➤ Darf das elektronische Patientendossier für wissenschaftliche Forschung verwendet werden?

Interpellation (19.4136) von Nationalrätin Edith Graf-Litscher (SP).

Eingereicht am 25. September 2019.

Der Bundesrat hat am 13. November 2019 darauf geantwortet.

➤ Mit Weiterbildung die digitale Transformation meistern

Motion (19.4152) von Nationalrat Christian Wasserfallen (FDP).

Eingereicht am 25. September 2019.

Der Bundesrat hat am 20. November 2019 die Ablehnung der Motion beantragt.

➤ Förderung der Weiterbildung in KMU

Postulat (19.4153) von Nationalrat Matthias Aebischer (SP).

Eingereicht am 25. September 2019.

Der Bundesrat hat am 20. November 2019 die Ablehnung des Postulates beantragt.

➤ Weiterführung der Anschubfinanzierung 2017-2020 für zusätzliche Ausbildungsplätze in Humanmedizin

Motion (19.4200) von Nationalrat Christoph Eymann (LDP).

Eingereicht am 26. September 2019.

Der Bundesrat hat am 20. November 2019 die Ablehnung der Motion beantragt.

➤ Recht auf bezahlten Bildungsurlaub für Weiterbildung und Umschulung

Postulat (19.4284) von Nationalrat Adrian Wüthrich (SP), übernommen von Nationalrat Mathias Reynard (SP).

Eingereicht am 27. September 2019.

Der Bundesrat hat am 27. November 2019 die Ablehnung des Postulates beantragt.

➤ Anspruch auf lebenslanges Lernen in die Bundesverfassung. Für eine offensive Förderung der Weiterbildung

Motion (19.4285) von Nationalrat Adrian Wüthrich (SP), übernommen von Nationalrat Matthias Aebischer (SP).

Eingereicht am 27. September 2019.

Der Bundesrat hat am 20. November 2019 die Ablehnung der Motion beantragt.

➤ Antibiotikakrise. Die Erforschung und Entwicklung innovativer Antibiotika erfordert neue finanzielle Anreize

Postulat (19.4291) von Nationalrätin Bea Heim (SP), übernommen von Nationalrätin Brigitte Crottaz (SP).

Eingereicht am 27. September 2019.

Der Bundesrat hat am 20. November 2019 die Ablehnung des Postulates beantragt.

➤ Internationale Ministerkonferenz in der Schweiz mit dem Ziel, forschungsfreundliche Rahmenbedingungen zur Bekämpfung von Antibiotikaresistenzen zu schaffen

Motion (19.4326) von Nationalrat Christoph Eymann (LDP).

Eingereicht am 27. September 2019.

Der Bundesrat hat am 13. November 2019 die Ablehnung der Motion beantragt.

➤ Wiedereinführung der vollständigen Steuerbefreiung von Stipendien des Schweizerischen Nationalfonds für Doktoranden und Postdoktoranden?

Interpellation (19.4348) von Nationalrat Carlo Sommaruga (SP),
übernommen von Nationalrätin Prisca Birrer-Heimo (SP).

Eingereicht am 27. September 2019.

Der Bundesrat hat am 20. November 2019 darauf geantwortet.

➤ Talente und Fachkräfte für den Technologiestandort Schweiz im 21. Jahrhundert

Postulat (19.4351) von Nationalrätin Kathy Riklin (CVP), übernommen von
Nationalrätin Elisabeth Schneider-Schneiter (CVP).

Eingereicht am 27. September 2019.

Der Bundesrat hat am 20. November 2019 die Ablehnung des Postulates beantragt.

NEU EINGEREICHTE VORSTÖSSE

➤ Strukturreform Agroscope zu Lasten der Schwächsten?

Interpellation (19.4405) von Nationalrätin Greta Gysin (GPS).
Eingereicht am 5. Dezember 2019.

➤ Vermittlung angemessener Kenntnisse der Komplementärmedizin für Studierende der Veterinärmedizin

Interpellation (19.4429) von Nationalrätin Edith Graf-Litscher (SP).
Eingereicht am 12. Dezember 2019.

Wiederverwendung der Artikel unter Quellenangabe erlaubt.

KONTAKT

Netzwerk FUTURE
Münstergasse 64/66, 3011 Bern
Tel. 031 351 88 46
info@netzwerk-future.ch
www.netzwerk-future.ch

Das Netzwerk FUTURE umfasst Partner aus Hochschulen, Wissenschaft und Politik.
Es fördert die Unterstützung für den Bereich Bildung, Forschung und Innovation
(BFI) und den Dialog zwischen Politik und Wissenschaft.

20. Dezember 2019
